Eingegangene Stellungnahmen

Nr.	Behörde / TÖB	Beschluss	Kenntnisnahme
1.	Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Amt für Umwelt, Wasser- und Bodenschutz	☐	☒
2.	Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Amt für Abfallwirtschaft	☐	☒
3.	Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Forstamt	☒	☐
4.	Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Straßenbauamt	☐	☒
5.	Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Vermessungsamt	☐	☒
6.	Regierungspräsidium Freiburg - Landesforstverwaltung	☒	☐
7.	Regierungspräsidium Freiburg - Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	☐	☒
8.	Regierungspräsidium Freiburg - Ref. 47.2 Baureferat Ost	☐	☒
9.	Regierungspräsidium Freiburg - Ref. 21 Raumordnung, Baurecht und Denkmalschutz	☒	☐
10.	bnNetze GmbH	☐	☒
11.	Netze BW GmbH	☐	☒
12.	Telekom Technik GmbH	☐	☒

Nr.	Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
TÖB 1	Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Amt für Umwelt, Wasser- und Bodenschutz	
	<p>vielen Dank für die Beteiligung im Zusammenhang mit der erneuten Offenlage im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens „Recyclinganlage Haldenwald“ in Tuningen. Zu diesem Vorhaben haben wir bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit Schreiben vom 30.09.2021 sowie der ersten Offenlage mit Schreiben vom 25.02.2022 Stellung genommen. Die von uns geäußerten Belange werden in der aktuellen Fassung des Bebauungsplanes (Stand 22.09.2022) berücksichtigt. Daher verzichten wir auf eine weitere Stellungnahme.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitten wir Sie, uns das Inkrafttreten des Bebauungsplans mitzuteilen und uns eine endgültige Fassung des Bebauungsplans in digitaler Form zuzusenden (wasseramt@lrask.de).</p>	<p>Anregungen und Hinweise(n)</p> <p>☐ wird gefolgt</p> <p>☐ wird nicht gefolgt</p> <p>☐ sind nicht relevant</p> <p>☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt</p> <p>☒ werden zur Kenntnis genommen</p>
TÖB 2	Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Amt für Abfallwirtschaft	
	<p>wir bedanken uns für die Zuleitung Ihrer Unterlagen. Inhaltlich verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 25.02.2022.</p>	<p>Anregungen und Hinweise(n)</p> <p>☐ wird gefolgt</p> <p>☐ wird nicht gefolgt</p> <p>☐ sind nicht relevant</p> <p>☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt</p> <p>☒ werden zur Kenntnis genommen</p>
TÖB 3	Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Forstamt	
		<p>Anregungen und Hinweise(n)</p> <p>☒ wird gefolgt</p> <p>☐ wird nicht gefolgt</p> <p>☐ sind nicht relevant</p> <p>☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt</p> <p>☐ werden zur Kenntnis genommen</p>

<p>Der Vorhabenträger plant eine neue Zuwegung und die Errichtung eines Waaghaus in die Planungen aufzunehmen. Das geplante Waaghaus soll nahe der nördlichen Grundstücksgrenze errichtet werden (im Bereich der Baugrenze gemäß B-Plan-Entwurf). Eine Verlagerung in Richtung Süden ist aufgrund der Betriebsgeländezufahrtssituation und der geplanten Lagerlogistik der Recyclingmaterialien nicht zu verwirklichen. Aufgrund der Funktion eines Waaghauses wird dieses im Einfahrtsbereich und unmittelbar angrenzend zur Werksstraße der RC-Anlage angesiedelt. Hierdurch wird der erforderliche Waldabstand von 30 m gem. § 4 LBO unterschritten.</p> <p>Der angrenzende Wald der Gemeinde Tuningen soll als Sicherheitsstreifen von 30 Meter an der Nordgrenze als sogenannter „Niederwald“, bewirtschaftet werden. Die Gemeinde Tuningen hat diesem Vorgehen zugestimmt. Bei einem Niedrigwald handelt es sich um einen stufigen Waldrand, in dessen Bereich Bäume auf einer so geringen Höhe gehalten werden, dass keine Gefahr für angrenzenden Gebäude besteht. Bei der erstmaligen Herstellung des Niedrigwaldes (Gefährdungsbereich) sind alle Bäume zu entfernen, die den Abstand zur geplanten Bebauung überschreiten. Etwaige naturschutzrechtliche wie - fachliche Belange sind in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen.</p> <p>Südlich des B-Plan Gebietes liegt das Waldflurstück 6580, Gemarkung Tuningen. Aus diesem Grund ist die im B-Plan-Gebiet zeichnerisch festzusetzende Baugrenze nach Norden zu verschieben, um den 30 Meter Waldabstand betreff des Flurstücks 6580, Gemarkung Tuningen, einzuhalten. Die innerhalb des Waldabstands vorhandene Gebäudesubstanz genießt Bestandsschutz.</p> <p>Ausgleich und Kompensationsmaßnahmen: Geh- und Radweg: Die Anlage des Geh- und Radweges bedingt den Teilverlust (ca. 4.100 m²) der nach § 2 Landeswaldgesetz Baden-Württemberg (LWaldG BW) geltenden Waldflächen des Haldenwalds bei Tuningen. Der hierfür erforderliche Ausgleich erfolgt durch eine Aufforstung in Form einer gebündelten Maßnahme auf dem Flurstück 5833.</p> <p>Erhöhung des Schutzwalls: Durch die geplante Erhöhung des mit Sukzessionsvegetation bestandenen Schutzwalls im Westen der Industriebrache kommt es zu einem flächenhaften Gehölzverlust (ca. 3.900 m²). Das betroffene Flurstück 5830 ist dem Waldverband zugehörig, wodurch bei einer Waldumwandung</p>	<p>Siehe Begründung 8.3 und 9.4 und die Niederschrift zum Ortstermin „Waldabstand“.</p> <p>Dies wird so berücksichtigt. Die Belange sind mit der Gemeinde Tuningen abgestimmt. Es wird noch geklärt, ob im weiteren Verlauf des Verfahrens eine dingliche Sicherung erforderlich ist. Das Erfordernis, eine entsprechende Dienstbarkeit vor B-Plan Satzungsbeschluss abzuschließen, wird nicht gesehen.</p> <p>Dies ist im zeichnerischen Teil bereits so umgesetzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und wird so umgesetzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und wird so umgesetzt.</p>
--	--

	<p>eine Wiederaufforstung in Höhe der Verlustfläche erforderlich wird. Da die verbleibende Gehölzfläche nach Abschluss der Wallerhöhung nicht mehr die räumlichen und ökologischen Funktionen eines Waldes erfüllt, wird die gesamte Fläche (11.773 m²) aus dem Waldverband entlassen. Demzufolge ist auch die vollständige Fläche von 11.773 m² wiederaufzuforsten. Der für beide Maßnahmen erforderliche forstrechtliche Ausgleich erfolgt im Rahmen der Deponierekultivierung auf dem Flurstück 5833.</p> <p>Durch die Planungen ergeben sich Waldbetroffenheiten von insgesamt 1,51 ha. Diese Flächen sind aktuell als Wald im Sinne des § 2 LWaldG zu bewerten. Zukünftig sollen diese Flächen in eine andere Nutzungsart überführt werden, nämlich als Geh- und Radweg (0,41 ha) und im Bereich des Lärmschutzwalles in eine Grünfläche (1,1 ha). Die Waldinanspruchnahme im Bereich des Lärmschutzwalls ergibt sich durch die geplante Erhöhung und der anschließenden Anlage eines Magerrasens auf einer Fläche von 0,39 ha. Die verbleibende Bestockung der restlichen Flächen soll zwar weiterhin weitgehend erhalten werden, aufgrund der geringen Größe und Ausformung verliert jedoch die gesamte Fläche von insgesamt 1,1 ha ihre Waldeigenschaft im Sinne des § 2 LWaldG.</p> <p>Die geplante Änderung der Nutzungsart erfordert daher eine dauerhafte Waldumwandlungsgenehmigung gem. § 9 LWaldG durch die höhere Forstbehörde. Im Rahmen der Bauleitplanung wäre daher zunächst ein Antrag auf Umwandlungserklärung gem. § 10 LWaldG erforderlich. Das Verfahren wird nur auf Antrag eingeleitet, der der höheren Forstbehörde über die untere Forstbehörde (Kreisforstamt) vorzulegen ist.</p>	<p>Die von der unteren Forstbehörde dargestellten 1,51 ha ausgelösten Waldbetroffenheiten sind plausibel. Eine entsprechende Waldumwandlung wird seitens des Vorhabenträgers angestrebt. Entsprechende Genehmigungsunterlagen werden aufgestellt und nach vorheriger Abstimmung mit der oberen Forstbehörde eingereicht.</p> <p>Der Antrag zur Waldumwandlung ist bereits bei der höheren Forstbehörde eingereicht worden.</p>
<p>TÖB 4</p>	<p>Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Straßenbauamt</p>	
	<p>Unsere Belange sind durch die neuesten Änderungen nicht betroffen.</p>	<p>Anregungen und Hinweise(n)</p> <ul style="list-style-type: none"> ☐ wird gefolgt ☐ wird nicht gefolgt ☐ sind nicht relevant ☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt ☒ werden zur Kenntnis genommen

TÖB 5	Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis - Vermessungsamt	
	trotz der Änderungen bleibt es bei unserer Stellungnahme vom 18.01.2022. Keine Anregungen oder Bedenken, keine weitere Beteiligung erforderlich.	Anregungen und Hinweise(n) ☐ wird gefolgt ☐ wird nicht gefolgt ☐ sind nicht relevant ☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt ☒ werden zur Kenntnis genommen
TÖB 6	Regierungspräsidium Freiburg - Landesforstverwaltung	
	<p>Zu den vorgenannten Planungen, die hier erneut im Rahmen der Behördenbeteiligung vorgelegt werden, hat die höhere Forstbehörde bereits mit Schreiben vom 22.02.2022 Stellung genommen. Die überarbeiteten und im Rahmen der Offenlage zur Verfügung gestellten Planunterlagen wurden erneut geprüft. Zu den aktuellen Änderungen in den Planunterlagen nimmt die höhere Forstbehörde wie folgt Stellung:</p> <p>Der Vorhabenträger plant eine neue Zuwegung inklusiv Waaghaus in die Planungen aufzunehmen. Das geplante Waaghaus soll nahe der nördlichen Grundstücksgrenze errichtet werden (im Bereich der Baugrenze gemäß B-Plan-Entwurf). Eine Verlagerung in Richtung Süden ist aufgrund der Betriebsgeländezufahrtssituation und der geplanten Lagerlogistik der Recyclingmaterialien nicht zu verwirklichen. Aufgrund der Funktion eines Waaghauses wird dieses im Einfahrtsbereich und unmittelbar angrenzend zur Werksstraße der RC-Anlage angesiedelt. Hierdurch wird der erforderliche Waldbabstand von 30 m gem. § 4 LBO unterschritten.</p>	Anregungen und Hinweise(n) ☒ wird gefolgt ☐ wird nicht gefolgt ☐ sind nicht relevant ☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt ☐ werden zur Kenntnis genommen Siehe Begründung 8.3 und 9.4 und die Niederschrift zum Ortstermin „Waldbabstand“.

<p>Der angrenzende Wald der Gemeinde Tuningen soll als Sicherheitsstreifen von 30 Meter an der Nordgrenze als sogenannter „Niederwald“, bewirtschaftet werden. Die Gemeinde Tuningen hat diesem Vorgehen zugestimmt. Bei einem Niedrigwald handelt es sich um einen stufigen Waldrand, dessen Bäume zukünftig eine bestimmte Höhe nicht mehr überschreiten dürfen. Die maximale Oberhöhe der Bäume ergibt sich aus dem Abstand des geplanten Gebäudes zum Baumfuss. Bei der erstmaligen Herstellung des Niedrigwaldes (Gefährdungsbereich) sind alle Bäume zu entfernen, die den Abstand zur geplanten Bebauung überschreiten. Etwaige naturschutzrechtliche wie - fachliche Belange sind in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen. Wir empfehlen hierzu einen öffentlich-rechtlicher Vertrag mit anschließender Grundbuchsicherung zur Schaffung einer atypischen Gefahrenlage in einer Tiefe von mindestens 25 bis 30 m für die angrenzenden Waldflurstücke abzuschließen.</p> <p>Südlicher Grenzbereich B-Plan Südlich des B-Plan Gebietes liegt das Waldflurstück 6580, Gemarkung Tuningen. Aus diesem Grund ist die im B-Plan-Gebiet zeichnerisch festzusetzende Baugrenze nach Norden zu verschieben, um den 30 Meter Waldabstand betreff des Flurstücks 6580, Gemarkung Tuningen, einzuhalten. Die innerhalb des Waldabstands vorhandene Gebäudesubstanz genießt Bestandsschutz.</p> <p>Ausgleich und Kompensationsmaßnahmen: Geh- und Radweg: Die Anlage des Geh- und Radweges bedingt den Teilverlust (ca. 4.100 m²) der nach § 2 Landeswaldgesetz Baden-Württemberg (LWaldG BW) geltenden Waldflächen des Haldenwalds bei Tuningen. Der hierfür erforderliche Ausgleich erfolgt durch eine Aufforstung in Form einer gebündelten Maßnahme auf dem Flurstück 5833.</p> <p>Erhöhung des Schutzwalls: Durch die geplante Erhöhung des mit Sukzessionsvegetation bestandenen Schutzwalls im Westen der Industriebrache kommt es zu einem flächenhaften Gehölzverlust (ca. 3.900 m²). Das betroffene Flurstück 5830 ist dem Waldverband zugehörig, wodurch bei einer Waldumwandlung eine Wiederaufforstung in Höhe der Verlustfläche erforderlich wird. Da die verbleibende Gehölzfläche nach Abschluss der Wallerhöhung nicht mehr die räumlichen und ökologischen Funktionen eines Waldes erfüllt, wird die gesamte Fläche (11.773 m²) aus dem Waldverband entlassen. Demzufolge ist auch die vollständige Fläche von 11.773 m² wiederaufzuforsten.</p>	<p>Dies wird so berücksichtigt. Die Belange sind mit der Gemeinde Tuningen abgestimmt. Es wird noch geklärt, ob im weiteren Verlauf des Verfahrens eine dingliche Sicherung erforderlich ist. Das Erfordernis, eine entsprechende Dienstbarkeit vor B-Plan Satzungsbeschluss abzuschließen, wird nicht gesehen.</p> <p>Dies ist im zeichnerischen Teil bereits so umgesetzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und wird so umgesetzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und wird so umgesetzt.</p>
---	--

<p>Der für beide Maßnahmen erforderliche forstrechtliche Ausgleich erfolgt im Rahmen der Deponierekultivierung auf dem Flurstück 5833.</p> <p>Durch die Planungen ergeben sich Waldbetroffenheiten von insgesamt 1,51 ha. Diese Flächen sind aktuell als Wald im Sinne des § 2 LWaldG zu bewerten. Zukünftig sollen diese Flächen in eine andere Nutzungsart überführt werden, nämlich als Geh- und Radweg (0,41 ha) und im Bereich des Lärmschutzwalles in eine Grünfläche (1,1 ha). Die Waldinanspruchnahme im Bereich des Lärmschutzwalls ergibt sich durch die geplante Erhöhung und der anschließenden Anlage eines Magerrasens auf einer Fläche von 0,39 ha. Die verbleibende Bestockung der restlichen Flächen soll zwar weiterhin weitgehend erhalten werden, aufgrund der geringen Größe und Ausformung verliert jedoch die gesamte Fläche von insgesamt 1,1 ha ihre Waldeigenschaft im Sinne des § 2 LWaldG.</p> <p>Die geplante Änderung der Nutzungsart erfordert daher eine dauerhafte Waldumwandlungsgenehmigung gem. § 9 LWaldG durch die höhere Forstbehörde. Im Rahmen der Bauleitplanung wäre daher zunächst ein Antrag auf Umwandlungs-erklärung gem. § 10 LWaldG erforderlich. Danach ist eine Zustimmung der höheren Forstbehörde zwingend erforderlich, wenn für tatsächlich vorhandene Waldflächen (maßgebend ist § 2 LWaldG) in Bauleitplänen eine andere Nutzungsart (hier: Grün- und Verkehrsflächen) dargestellt werden soll. Die Umwandlungserklärung ist als „sonstige Rechtsvorschrift“ im Sinne von § 6 Abs. 2 BauGB anzusehen. Somit kann eine derartige Bauleitplanung erst rechtskräftig werden, wenn nach Durchführung eines forstrechtlichen Umwandlungsverfahrens gemäß § 10 i.V.m. § 9 LWaldG die Umwandlungserklärung vorliegt. Das Verfahren wird nur auf Antrag eingeleitet. Bei Vorliegen der vollständigen Antragsunterlagen prüft die höhere Forstbehörde ob die materiell rechtlichen Voraussetzungen für eine forstrechtliche Genehmigung vorliegen. Bei der Prüfung und Abwägung innerhalb des forstrechtlichen Verfahrens spielen Bedarfsdarstellung und Alternativenprüfung sowie eine anschließende forstrechtlich Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung eine wesentliche Rolle:</p> <p>Bedarfsnachweis und Alternativenprüfung:</p> <p>a) <u>Kombinierter Geh- und Radweg:</u> Gemäß den Ausführungen des Umweltberichts in Kap. 8.4 besteht für den geplanten Geh- und Radweg ein begründeter Bedarf, alternative Standorte außerhalb Wald</p>	<p>Die von der oberen Forstbehörde dargestellten 1,51 ha ausgelösten Waldbetroffenheiten sind plausibel. Eine entsprechende Waldumwandlung wird seitens des Vorhabenträgers angestrebt. Entsprechende Genehmigungsunterlagen werden aufgestellt und nach vorheriger Abstimmung mit der oberen Forstbehörde eingereicht.</p> <p>Die geplanten Ersatzaufforstungen sind mittlerweile mit der Oberen Forstbehörde abgestimmt und entsprechend anerkannt, so dass auf der überarbeiteten Basis der Antrag auf Waldumwandlung eingereicht worden ist.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
---	---

	<p>bestehen hierzu nicht. Der geplanten Waldinanspruchnahme kann für diesen Bereich daher grundsätzlich zugestimmt werden.</p> <p>b) <u>Erhöhung Lärmschutzwall und Anlage eines Magerrasens:</u> Die Lärmschutzwall-Erhöhung erfolgt zur punktuellen landschaftsgerechten Einbindung der RC-Anlage. Die Planung der Wallerhöhung wird so konzipiert, dass der Waldflächenverlust auf das notwendige Mindestmaß reduziert wird.</p> <p>Forstrechtliche Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung Bei den zur dauerhaften Waldumwandlung vorgesehene Waldflächen handelt es sich überwiegend um jungen Sukzessionswald. Dem in Kapitel 9.5 Umweltbericht festgelegten Faktor von 1,0 bei der Eingriffsbewertung kann daher gefolgt werden. Somit ergibt sich für den Waldeingriff für den Geh- und Radweg ein forstrechtlicher Ausgleichbedarf von 0,41 ha, für den eventuell erforderlichen Bereich der Grünfläche/Erhöhung des Schutzwalls 1,1 ha. Nach den Planungen soll der Ausgleich vollständig durch Ersatzaufforstungen (Ausgleichsfaktor 1,0) im Umfang von insgesamt 1,51 ha im angrenzenden Bereich der geplanten Erddeponie erbracht werden (Maßnahmen E2, E3 und E4). Zusammengefasst ergibt sich in Hinblick auf die Ersatzaufforstungsmaßnahmen eine zweistufige, zeitversetzte Vorgehensweise:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Stufe Durchführung der Ersatzaufforstungsmaßnahme (Maßnahme Teile von E1 und E2 nördlicher Teil, siehe nachstehender Plan, Bereich innerhalb der grün gepunkteten Linie) für den Bau des Geh- und Radweges. Die Ersatzaufforstung erfolgt im Zuge der Rekultivierung des nördlichen Deponie-Verfüllbereichs I 1 voraussichtlich ab 2026 bis 2029.2. Stufe Bauliche Erhöhung des Schutzwalls auf Flurstück 5830 und der damit verbundenen großflächigen Waldentfernung erst zu einem Zeitpunkt, zu dem eine adäquate Aufforstungsfläche auf dem Deponiegrundstück, Flurnummer 5833, Gemarkung Tuningen, zur Verfügung steht. <p>Die untere Forstbehörde beim Landrastamt Schwarzwald-Baar-Kreis erhält eine Mehrfertigung dieses Schreibens.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Ersatzaufforstungen werden in den beschriebenen Zeiträumen so umgesetzt.</p>
--	---	--

TÖB 7	Regierungspräsidium Freiburg - Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	
	Unter Verweis auf unsere weiterhin gültige Stellungnahme mit dem Aktenzeichen 2511//21-09350 vom 28.09.2021 bzw. 2511//22-00100 vom 07.02.2022 sind von unserer Seite zum offengelegten Planvorhaben keine weiteren Hinweise oder Anregungen vorzubringen.	Anregungen und Hinweise(n) ☐ wird gefolgt ☐ wird nicht gefolgt ☐ sind nicht relevant ☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt ☒ werden zur Kenntnis genommen
TÖB 8	Regierungspräsidium Freiburg - Ref. 47.2 Baureferat Ost	
	das o. g. Vorhaben grenzt an keine Bundes- oder Landesstraße, sodass unsere Belange nicht berührt werden. Für anbaurechtliche Fragen an Bundesautobahnen ist die Autobahn GmbH zuständig.	Anregungen und Hinweise(n) ☐ wird gefolgt ☐ wird nicht gefolgt ☐ sind nicht relevant ☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt ☒ werden zur Kenntnis genommen
TÖB 9	Regierungspräsidium Freiburg - Ref. 21 Raumordnung, Baurecht und Denkmalschutz	
	Unter der Voraussetzung, dass die Belange des Immissions- und Naturschutzes entsprechend der gesetzlichen Vorgaben im Planverfahren berücksichtigt werden können, bestehen aus raumordnerischer Sicht keine Bedenken gegen den o.g. Bauabwägungsplan.	Anregungen und Hinweise(n) ☒ wird gefolgt ☐ wird nicht gefolgt ☐ sind nicht relevant ☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt ☐ werden zur Kenntnis genommen Sowohl die Gutachten zum Staubschutz, als auch zum Lärm und der Umweltbericht zeigen auf, dass die vorhandenen Konflikte in den weiteren Verfahren gelöst werden können.

	<p>Wir möchten nachdrücklich darauf hinweisen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Bekanntmachung des o.g. Bebauungsplans, bzw. die Anwendung des § 33 BauGB einen entsprechenden Verfahrensstand der 53. Änderung des FNP der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Villingen-Schwenningen voraussetzt.</p> <p>Wir verweisen hierzu auf unsere Stellungnahme zur 53. Änderung des FNP Villingen-Schwenningen zur Offenlage vom 13.09.2022 und den dort getroffenen Ausführungen zu einer erforderlichen erneuten Offenlage der FNP-Änderung mit ergänzten Planunterlagen. Die nun vorliegenden Bebauungsplanunterlagen können eine Grundlage für die bauplanungsrechtlich notwendigen Ergänzungen darstellen.</p> <p>Auf die Erforderlichkeit einer Waldumwandlungserklärung für die Genehmigung der FNP-Änderung, bzw. Waldumwandlungsgenehmigung wird ergänzend hingewiesen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Nach aktuellen Informationen soll die erneute Offenlage der 53. FNP-Änderung am 15.12.2022 vom Gemeinsamen Ausschuss der VG beschlossen werden. Mit der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses des Bebauungsplans wird auf die Rechtskraft der FNP-Änderung gewartet.</p> <p>Die Waldumwandlungsgenehmigung dürfte mittlerweile vorliegen.</p>
TÖB 10	bnNetze GmbH	
	Keine Bedenken oder Anregungen	<p>Anregungen und Hinweise(n)</p> <p>☐ wird gefolgt</p> <p>☐ wird nicht gefolgt</p> <p>☐ sind nicht relevant</p> <p>☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt</p> <p>☒ werden zur Kenntnis genommen</p>
TÖB 11	Netze BW GmbH	
	<p>Zu unseren bisherigen Stellungnahmen, vom 14. September 2021 & 21. Januar 2022, zum Bebauungsplan bringen wir keine weiteren Anmerkungen ein.</p> <p>Wir bitten Sie, uns weiterhin am Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Anregungen und Hinweise(n)</p> <p>☐ wird gefolgt</p> <p>☐ wird nicht gefolgt</p> <p>☐ sind nicht relevant</p> <p>☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt</p> <p>☒ werden zur Kenntnis genommen</p>

TÖB 12	Telekom Technik GmbH	
	<p>Vielen Dank für Ihre Informationen. Da es sich hier um einzelne Gebäudekomplexe handelt ist unser Bauherrens-service der Telekom zuständig. Der Bauherr möge sich bitte rechtzeitig vor Baubeginn dort melden. Die Kontaktdaten lauten: Tel. +49 800 3301903. Web: www.telekom.de/bauherren. Ein Lageplan ist beigefügt</p>	<p>Anregungen und Hinweise(n)</p> <ul style="list-style-type: none"> ☐ wird gefolgt ☐ wird nicht gefolgt ☐ sind nicht relevant ☐ werden unabhängig vom Planverfahren behandelt ☒ werden zur Kenntnis genommen